

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

302 (2.7.1918) Abendausgabe

Bezugs-Preise:

Table with subscription rates for different regions and delivery methods.

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Weitans größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Hiergarten. Chefredakteur: Albert Herzog.

Anzeigen:

Die Sperrliste, Kolonialliste 30 Bfg. Die Reklamezeile 20 Bfg. Reklamen an 1. Stelle 1,25 Bfg. die Zeile.

Nr. 302. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Dienstag den 2. Juli 1918. Telefon: Redaktion Nr. 800. 34. Jahrgang.

Deutscher Heeresbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 2. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An vielen Stellen der Front leisteten starke Feuerüberfälle Unternehmungen des Feindes ein. Sie wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Westlich der Duse und südlich der Aisne rege Erundungstätigkeit. Stärkere Teilangriffe des Feindes südlich des Durcq und westlich von Chateau-Thierry wurden in unserem Kampfgebiet zum Scheitern gebracht.

Leutnant Udet errang seinen 37. und 38. Leutnant Kroll seinen 28. und 29. Luftsieg.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

England und Holland.

Karlsruhe, 2. Juli. Die europäischen Neutralen wissen, daß ihre Behauptung noch nicht vorüber, wahrscheinlich nicht einmal auf dem Höhepunkt angelangt ist.

Holland hat, nicht zu seinem Vorteil, unter diesen jochfahrenden Neutralen stets eine Sonderstellung eingenommen; in der Hauptsache allerdings eine unfreiwillige.

Der holländische Geleitzug nach Indien.

W.B. Haag, 1. Juli. (Nicht amtlich.) Das Korrespondenzbüro teilt mit: Der Vorsitzende des Ministerrats hat auf Anfrage des Abg. Boert van Nijp schriftlich geantwortet, daß der Ministerrat beschloß, die Ausfahrt des Regierungskonvois nach Indien zu verschieben, weil die britische Regierung wegen eines kleinen Teiles der Ladung des Dampfers „Noordam“ Schwierigkeiten macht.

Vom westlichen Kriegsschauplatz. Die Spannung der Ungewißheit.

Jülich, 2. Juli. (Privattelegr.) Die „Jülich. Post“ erzählt aus London: Von der englischen Front melden die Berichtsersteller, die gegenwärtige Periode verhältnismäßiger Ruhe dauere an, doch lasse sich der augenblickliche Spannungszustand mit der Lage vergleichen, die den früheren großen deutschen Angriffen vom 21. März und 27. Mai voranging.

St. Gallen, 2. Juli. (Privattelegr.) Das St. Galler Tagblatt berichtet, die Fäufung von Erkundungsvorhaben auf beiden Seiten im Westen, die große Lufttätigkeit, sowie die neuerdings einsehenden Fernbeschießungen wichtiger Bahnknotenpunkte hinter der französischen Front seien deutliche Vorzeichen baldiger neuer Aktionen, die entscheidende Ergebnisse anstreben.

Frankreich stehen die Vermutung zu, daß die Alliierten emsig daran seien, eine Offensivaktion in Gang zu bringen. (g. R.)

Aus dem neuen Rußland.

Basel, 2. Juli. (Privattelegr.) Laut „Basl. Nachr.“ meldet die „Neue Korresp.“ aus Omsk, daß dort ein deutscher Konsul, der soeben in dieser Stadt eintraf, von der örtlichen Bolschewik-Regierung den Betrag von 250 000 Rubel in Gold als Entschädigung für die verletzten deutschen Interessen erhielt.

Bern, 2. Juli. (Privattelegr.) Der russische Mitarbeiter des „Bund“ meldet, daß an der Murmanbahn sich tatsächlich ungefähr 4000 serbische Soldaten unter dem Kommando eines eigenen Generals befinden und auf die Abreise nach England warten.

Der russische Serbenreiß.

U. U. Genf, 2. Juli. Das „Journal“ veröffentlicht die Pläne Kerenskis. Dieser sei der Ansicht, daß die Alliierten eine Truppenmacht nach Rußland schicken wollen.

Die deutschen und österr.-ungar. Kriegsgefangenen als Kämpfer der Bolschewiki?

Basel, 2. Juli. (Privattelegr.) Die „Neue Korresp.“ meldet aus Charkin: Die Zahl der vollständig ausgerüsteten österreichisch-deutschen Kriegsgefangenen, die auf Seite der Bolschewiki in Transbaikalien kämpfen, betrage 20 000 Mann.

Aus der Ukraine.

Basel, 2. Juli. (Privattelegr.) Die „Neue Korresp.“ meldet: Ein Teil der polnischen Legionen macht gemeinsame Sache mit den ukrainischen Bauern, die vielfach deutschfeindlich sind.

Oesterreich-Ungarn und der Krieg. Die Salzburger Verhandlungen.

W. Wien, 2. Juli. Am Samstag fand hier eine Beratung österreichischer und ungarischer Minister statt. Es handelte sich vor allem darum, für die bevorstehenden Verhandlungen mit dem Deutschen Reich eine einheitliche österreichisch-ungarische Basis zu schaffen.

Aus Belgien. Eine flämische Truppe.

Jülich, 2. Juli. (Privattelegr.) Die „N. B. Bzg.“ meldet aus dem Haag: Der Rat von Brabant beschloß mit Billigung des belgischen Generalgouverneurs die Errichtung einer eigenen flämischen Macht unter dem Namen „Reichswacht“.

England und der Krieg.

Abberufung Sir George Caves.

Haag, 1. Juli. (Nicht amtlich.) Das Korrespondenzbüro meldet, daß der Vorsitzende der englischen Delegation für die Kriegsgefangenen-Konferenz, Sir George Caves, plötzlich von Premierminister Lloyd George nach England gerufen worden sei und Holland verlassen habe.

Parlamentarische Handelskonferenz in London.

London, 2. Juli. In der interalliierten parlamentarischen Handelskonferenz, die von Lloyd George eröffnet werden soll, werden sämtliche Mitglieder des britischen Kabinetts sowie sämtliche Vertreter der Alliierten Mächte in London teilnehmen.

Amerika und der Krieg.

W.B. Bogota, 1. Juli. (Nicht amtlich.) Meldung der Agence Havas. Der frühere Minister des Reichern Marco Suarez ist zum Präsidenten der Republik Kolumbia gewählt worden.

Gerard als Kriegsgeher.

Berlin, 2. Juli. Zur Propagandatätigkeit Gerards in den Vereinigten Staaten heißt es in der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“:

Wie der „Neuwestfälische Courant“ berichtet, unternimmt der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, zur Zeit eine Vortragstour, auf der er gegen Deutschland loszieht.

Amerika und die irische Frage.

W.B. Bern, 2. Juli. (Nicht amtlich.) Der New-Yorker Berichtsersteller der „Daily News“ drückt: Durch die Ankündigung der englischen Regierung, daß Home Rule für Irland fallen gelassen worden sei, werde die ganze, hoffnungsvolle englische Propaganda in den Vereinigten Staaten zur Beseitigung amerikanischer Mißverständnisse in Frage gestellt.

Die britische Diplomatie in Amerika ist stark gehindert. Der erste Erfolg der Ankündigung sei eine Stiftung von 20 000 Dollars für den irischen Partisanen durch einen hervortretenden Amerikaner, und die Zeitungen beobachteten größte Zurückhaltung, um England nicht Verlegenheit zu bereiten.

Die „Chicago Tribune“ schreibt: Die Wehrpflicht für Irland war ein furchtbarer Schlag für unser Vertrauen. Ihre Zurücknahme ist ausreichend, um in Friedenszeiten das Prestige irgend einer Regierung zu zerstören und ist auch nicht angehen, das Ansehen Lloyd Georges zu erhöhen.

Weitere U-Boots-Erfolge.

W.B. Berlin, 1. Juli. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote neuerdings

17 000 Bruttoregistertonnen

jeublichen Handelschiffsraumes vernichtet.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

W.B. Berlin, 1. Juli. (Nichtamtlich.) Mangel an Grubenholz infolge des U-Bootskrieges und an Arbeitern infolge des dringenden Bedarfs des englischen Heeres an Mannschaften, um die gewaltigen Gütern an der Westfront zu schleppen, haben einen weiteren bedeutenden Rückgang der englischen Kohlenförderung im Gefolge gehabt.

Untergang eines englischen Hospitalschiffes.

WTB. London, 2. Juli. (Nicht amtlich.) Die Admiralität teilt amtlich mit, daß das Hospitalschiff „Llandovery Castle“ (11 423 B.R.T.) südwestlich von Fastners am 27. Juni um 10 Uhr 30 Minuten abends torpediert und versenkt wurde. 234 Mann der Besatzung wurden vernichtet.

Anmerkung des WTB: Wie alle ähnlichen Behauptungen der Admiralität dürfte es auch in diesem Falle nicht den Tatsachen entsprechen, daß ein deutsches U-Boot an dem Schicksal des Schiffes schuld ist. Wie aus späteren Nachrichten hervorgeht, hat niemand an Bord des Dampfers ein U-Boot oder einen Torpedo gemerkt. Jedenfalls wird die Ursache des Verlustes auf eine englische Mine zurückzuführen sein.

WTB. London, 2. Juli. (Nicht amtlich.) Kenter. Der Sekretär der Admiralität gibt folgendes bekannt: Am 27. Juni um 9 Uhr 30 Minuten abends (Schiffszeit) d. h. ungefähr um 10 Uhr 30 Minuten englische Sommerzeit, wurde 116 Meilen südwestlich Fastners das englische Hospitalschiff „Llandovery Castle“, Kapitän C. A. Syloester von einem feindlichen U-Boot torpediert und ist nach etwa 10 Minuten gesunken. Das Schiff war auf dem Wege von Kanada nach Hause und hatte infolgedessen keine Kranken und Verwundeten an Bord. Seine Besatzung bestand aus 164 Offizieren und Mannschaften, außerdem waren 80 kanadische Sanitätsoldaten und 14 Pflegerinnen an Bord.

Von diesen 258 Personen haben bisher nur 24 Ueberlebende in einem Boot einen Hafen erreicht. Nachforschungen sind im Gange und es ist möglich, daß die anderen noch gefunden werden. Bemerkenswert ist, daß in diesem, wie tatsächlich in allen anderen Fällen, das deutsche U-Boot gemäß der Haager Konvention voll berechtigt war, das Hospitalschiff anzuhalten und zu durchsuchen. Trotzdem zog das U-Boot vor, die „Llandovery Castle“ zu torpedieren. (Siehe oben.)

WTB. London, 1. Juli. (Nicht amtlich.) Kenter. Eine ergänzende Meldung der Admiralität besagt, daß die „Llandovery Castle“ alle für ein Hospitalschiff vorgeschriebenen Zeichen geführt habe.

Der Krieg mit Italien.

Oesterreichisch-ungarischer Bericht.

WTB. Wien, 2. Juli. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Die Artillerietätigkeit ist an der ganzen italienischen Front sehr reg. Sie steigerte sich heute früh zwischen Brenka und Piave und an der unteren Piave zu namhafter Stärke. Größere Infanteriekampfbildungen sind gestern tagsüber unterblieben.

Der Chef des Generalstabs.

Badische Chronik.

Stittlingen, 2. Juli. Die Generalversammlung der Badischen Lokalbahn A.G. (Albaltbahn) genehmigte die Bilanz. Eine Dividende kommt nicht zur Ausschüttung. Anwesend waren sechs Aktionäre, welche 7/8 Mill. Markt Aktienkapital vertreteten.

Mannheim, 1. Juli. In der hier abgehaltenen Konferenz der sozialdemokratischen Partei für den 11. Reichstagswahlkreis wurde u. a. die Frage der Kandidatenaufstellung für die nächste Landtagswahl besprochen und dabei betont, in stärkerer Weise als früher landespolitische Gesichtspunkte im Gegensatz zu den rein kreispolitischen, auszulagern zu lassen. In Verbindung mit dem Landesvorstand soll ein zentraler Wahlausschuss schon für die Kandidatenberufung in Funktion gesetzt werden. Es wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Aufstellung der sozialdemokratischen Bewerber bei den nächsten Landtagswahlen hat zu erfolgen im Einklang mit einem großen Wahlausschuss, zu dem der Landesvorstand durch Vertreter der für die Partei wichtigen Bezirke des Landes zu erweitern ist. Es ist dabei in erster Linie auf die persönliche Eignung der Bewerber, dann aber auch auf die Vertretung der einzelnen Landesstellen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.“

Die diesjährige Kartoffelverföorgung.

Karlsruhe, 2. Juli. Aufgrund der bestehenden Bundesratsvorschriften hat das Ministerium des Innern unter dem 30. Juni für die Zeit bis 14. September 1918 bestimmt:

§ 1. Die Ernte der selbstmäßig angebauten Kartoffeln darf nur nach vorheriger Genehmigung des Bürgermeisters des Erzeugerorts erfolgen. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn die Kartoffeln noch nicht ausgereift sind.

§ 2. Für die Anbringung der zur Verforgung der Versorgungsberechtigten erforderlichen Kartoffeln durch die Kommunalverbände und Gemeinden gelten die Bestimmungen der Verordnungen vom 18. August 1917, Kartoffelverföorgung im Wirtschaftsjahr 1917/18 betr.

§ 3. Die Kartoffelerzeuger sind verpflichtet, die von ihnen erzeugten Speisekartoffeln, soweit sie sie zur Ernährung für sich und die Angehörigen ihrer Wirtschaft sowie als Saatgut in ihrem Betrieb nicht benötigen und es sich nicht um anerkanntes Saatgut handelt, an die durch den Kommunalverband des Erzeugerorts bestimmten Aufkäufer gegen Bezahlung des jeweiligen Erzeugerhöchstpreises abzugeben. Als Speisekartoffeln gelten gute, gesunde Kartoffeln von mindestens 2 1/2 Zentimeter Größe. Der Kartoffelerzeuger darf für sich und die Angehörigen seiner Wirtschaft höchstens 1/2 Pfund für den Tag und Kopf und als Saatgut höchstens 40 Zentner auf des Hektar der Anbaufläche zurückbehalten. Die Abgabe von Kartoffeln durch die Kartoffelerzeuger an andere Personen als an die bestellten Aufkäufer ist untersagt; auch darf außer den bestellten Aufkäufern niemand Kartoffeln beim Kartoffelerzeuger erwerben. Jede andere Abgabe und jeder andere Erwerb oder das Unternehmen hierzu ist verboten; die Kartoffeln, auf welche sich die unzulässige Handlung bezieht, unterliegen der Beschlagnahme und Einziehung. Die Kommunalverbände können jedoch bestimmen, daß die Kartoffelerzeuger an die in der gleichen Gemeinde anwesenden Versorgungsberechtigten unmittelbar Speisekartoffeln abgeben dürfen, falls Vorkehrungen getroffen sind, daß die Versorgungsberechtigten nur in den Grenzen des zulässigen Verbrauchs sich eindecken können und daß der für die Gemeinde bestellte Aufkäufer von der Abgabe Nachricht erhält. Von den nach Abs. 1 und 2 erfolgten Lieferungen der Kartoffelerzeuger hat der Aufkäufer dem Kommunalverband zwecks Eintrags in die Wirtschaftskarte Anzeige zu erstatten.

§ 4. Die Kommunalverbände haben die Verforgung ihrer Bevölkerung mit Kartoffeln zu regeln und Höchstpreise für den Kleinverkauf an Verbraucher festzusetzen. Die Versorgungsberechtigten dürfen, soweit nicht die Ausnahmebestimmung nach § 3 Abs. 2 Satz 3 in Betracht kommt, Kartoffeln nur durch den Kommunalverband und nur gegen Kartöffelkarte beziehen. Selbstverlänger gelten insoweit als Versorgungsberechtigten, als ihre Ernte zur Deckung des zulässigen Bedarfs nicht ausreicht. Für die Befolgung von Verfügungen, welche ganz oder teilweise aus Kartoffeln bestehen, in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, in Vereinen und Erfrischungstäumen sowie in Fremdenheimen und bei Massenfesten an die Gäste gelten die Bestimmungen der §§ 10-12 der Verordnung vom 18. August 1917, Kartoffelverföorgung im Wirtschaftsjahr 1917/18 betreffend.

§ 5. Für die verforgungsberechtigte Bevölkerung wird der zulässige Verbrauch an Kartoffeln für den Kopf und die Woche auf höchstens 7 Pfund festgesetzt. Bei Ausgabe von Zulagen an Schwärarbeiter ist nötigenfalls die allgemeine Wochenlohnmenge zu ermäßigen.

§ 6. Für den Versand von Kartoffeln mit der Bahn oder dem Schiff sowie mit Fuhrwerk oder Kraftwagen sind die Bestimmungen

der Verordnung vom 2. April 1918, Beförderung von Kartoffeln betreffend, maßgebend. Für die Beförderung von Kartoffeln von dem mit Kartoffeln bebauten Grundstück zu dem Betriebsort des Kartoffelerzeugers mit Fuhrwerk oder Kraftwagen ist ein Beförderungsschein nicht erforderlich.

§ 7. Die Ausfuhr von Kartoffeln aus dem Großherzogtum in das Reichsauland ist nur mit Genehmigung des Ministeriums des Innern, die Ausfuhr in die übrigen Bundesstaaten nur mit Genehmigung der Bad. Kartoffelverföorgung zulässig. § 8. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden, soweit nicht eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft. § 9. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Auf den gleichen Tag tritt die Verordnung vom 18. Aug. 1917, Kartoffelverföorgung im Wirtschaftsjahr 1917/18 betreffend, in der Fassung vom 2. November 1917 mit Ausnahme der §§ 1-3, 10-12 und 23 außer Wirksamkeit.

Tagung des bad. Grund- und Hausbesitzervereins.

Hagenau, 2. Juli. Der Verband bad. Grund- und Hausbesitzervereine hielt am letzten Samstag und Sonntag hier seinen aus allen Teilen des Landes nach besuchten 16. Verbandstag ab. Der Vorsitzende der Tagung, Architekt Gehlenbüsch-Karlsruhe legte den Jahresbericht vor, in welchem auf die Schwierigkeiten hingewiesen wird, die dem Hausbesitz durch den Krieg entfallen sind. Die Hypothekenzinsen seien in steter Steigerung begriffen und die Beschaffung von neuen Hypotheken sei nahezu zur Unmöglichkeit geworden. Das Gesamtvermögen des Verbands beträgt 2472 1/4.

Einen breiten Raum der Vormittags Sitzung beanspruchte ein Vortrag des Rechtsanwalts Schmidt aus Heidelberg über Mietminderungsamt und Mietpreiserhöhung. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird mit allem Nachdruck gefordert, daß die Mietminderungsämter als Behörden mit Zwangscharakter sobald als möglich aufzuheben seien. Solange aber Mietminderungsämter als Spruchbehörden bestehen, sollen bestimmte vom Grund- und Hausbesitzer-Verein Mannheim ausgearbeitete und dem Verbandstage zur Prüfung vorgelegte Richtlinien beachtet werden.

Die Tagung befaßte sich dann weiter mit Fragen der Gründung einer Mobilfahrräder-Vereinigung, der Schaffung von Hausbesitzerkammern und der Hypothekensicherung. Hierzu beschloß der Verbandstag die Errichtung einer Landeshypotheken-Sicherungsbank unter möglicher Wahrung der Selbständigkeit der örtlichen Organisationen. Die bisher gegründeten Hypothekensicherungsgenossenschaften, wie wir sie in verschiedenen badischen Städten haben, und die Hypothekensicherungsbank sollen aber trotzdem bestehen bleiben. Das Grundkapital der Landesbank für Hypothekensicherung soll eine Million betragen. Dieses Geld soll aufgebracht werden durch andere Privatbanken und durch Beteiligung namentlich der kleineren Vereine.

Bei den Vorstandswahlen wurde der bisherige Verbandsvorsitzende Hofmann-Mannheim, der seit 18 Jahren den Verband leitete, der infolge Gesundheitsrückfällen eine Wiederwahl ablehnte, zum Ehrenvorsitzenden und Rechtsanwalt Dr. Weingart-Mannheim zum ersten Vorsitzenden gewählt. Am Schluß der Tagung wurde der Vorstand ernannt, Schritte bei der Regierung zu unternehmen, damit bei der Gebäudeversicherungsanstalt die Entschädigungen für Brandschäden in Einklang gebracht werden mit der Steigerung der Baumaterialien. Weiter wurde eine Entschließung angenommen, in der das Bedauern ausgesprochen wird über die im Landtag abgegebene Erklärung des Staatsministers von Bodman über die ablehnende Haltung der Regierung zum Schuldenabzug.

Badischer Landtag.

69. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Karlsruhe, 2. Juli. Zunächst werden einige Schulpetitionen erledigt. Ueber die Petition der Stadtgemeinde Schopfheim um Erweiterung der bestehenden hiesigen Realschule zu einer Oberrealschule berichtet Abg. Rebmann (Natl.) der u. a. mitteilt, der Ausschuss habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß es des badischen Staates und des deutschen Reiches unwürdig wäre, wenn im Hinblick auf manche Schweizer Anstalten am Oberrhein der Ausbau der badischen Schulanstalten vernachlässigt würde. Schopfheim habe ältere Rechte gegenüber Lörrach. Der Ausschuss habe in seinem ersten Beschluß das Vorrecht von Schopfheim anerkannt. Ein zweiter Beschluß, der nach Einlauf einer Siedinger Petition gefaßt wurde, habe den Sachverhalt des Vorzugsrechtes Schopfheims wieder aufgehoben.

Abg. Wiedemann (Ztr.) berichtet über die Petitionen des Gemeinderats und des Beirats der Realschule Siedingen um Umwandlung der Realschule in ein Realprogymnasium bezw. Realgymnasium und der Stadtgemeinde Lörrach in Sachen des geplanten Ausbaues der Realschule daselbst. Der Ausschuss beantragt die drei Petitionen Schopfheim, Lörrach und Siedingen in dem Sinne der Regierung empfehlend zu überweisen, daß sie nach Beendigung des Krieges die Petitionen und die Frage einer Vollanhaft am Oberrhein prüfen möge.

Abg. Hechler (Natl.) tritt für die Bitte der Stadt Schopfheim ein. — Abg. Ringwald (Natl.) betont, der Wunsch von Lörrach sei mehr als berechtigt. — Abg. Albiech (Ztr.) bittet dem Antrag des Schulausschusses zuzustimmen, und alle drei Gemeinden in den Konkurrenzkampf zu ziehen. — Abg. Risch (Soz.) tritt dem abgeänderten Beschluß des Ausschusses bei. — Abg. Spang (Ztr.) bittet die Wünsche der Stadt Waldshut berücksichtigen zu wollen. Minister Dr. Hüßli betont, die Regierung bringe den Wünschen der Städte am Oberrhein großes Interesse entgegen und werde nach dem Kriege die Wünsche eingehend prüfen. — Der Antrag des Schulausschusses wird hiernach einstimmig angenommen.

Namens des Haushaltsausschusses berichtet Abg. Red (natl.) über den Antrag der Abg. Rohrbach (natl.) und Gen. bez. die Förderung der Land- und Forstwirtschaft. Der Antrag lautet: „Die Zweite Kammer wolle beschließen, die Gr. Regierung zu ersuchen, Mittel anzufordern zur Errichtung einer Abteilung für Land- und forstwirtschaftliche Lehre und Forschung an einer der badischen Hochschulen.“ — Der Reichsrat hat dem Antrag zugestimmt.

Abg. Rohrbach (natl.) begründete den Antrag seiner Fraktion, der mit dem schon längst ausgesprochenen Wunsch erneut in Erinnerung gebracht werde. Abg. Weichhaupt (Ztr.) tritt dem Antrag bei und empfiehlt die Stadt Freiburg als den richtigen Platz für die Errichtung einer solchen landw. Anstalt. Abg. Matz (Ztr.) schließt sich den Vordruckern an und kann die Bereitwilligkeit der Stadt Freiburg mitteilen. Abg. Rahn (Soz.) unterstützt den Antrag. — Abg. Rebmann (natl.) bedauert die Ausführungen des Abg. Weichhaupt, welche die in ihrer zögernden Haltung unterliegen. An der Techn. Hochschule Karlsruhe würde die gewünschte Anstalt einen weit besseren Boden finden als an einer Universität. Die Landwirtschaft sei in erster Linie eine technische Wissenschaft. Abg. Spang (Ztr.) unterstützt die Ausführungen des Abg. Weichhaupt. — Abg. Rohrbach (natl.) befragt, ob die Frage, wo hin die Anstalt verlegt werden soll, jetzt schon erörtert wird. Diese Frage sei noch verfrüht. Auch Hechler werde die Anstalt mit offenen Händen aufnehmen. Er müsse das sagen, nachdem jetzt auch für Freiburg Propaganda gemacht worden sei. — Abg. Gühring (natl.) führt aus, er befinde sich in einer schwierigen Lage, auf der einen Seite der Vertreter von Heidelberg, und auf der anderen Seite derjenige von Karlsruhe. Er müsse sagen, das von dem Abg. Rohrbach ähnelnde Vorhaben Heidelberg könne nicht sichtsichtig sein. Abg. Wanschbach (R. Wa.) hält Karlsruhe für den richtigen Platz.

Geh. Rat Dr. Schwörer betont, die Regierung halte andere Fragen (Ausbau der landw. Mittelschulen, landw. Aufklärung) für dringlicher. Auch die Finanzlage gestatte heute noch nicht dem Plan der Errichtung einer solchen landw. Anstalt nahe zu treten. — Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Abg. Seubert (Zentr.) berichtet über den Antrag der Abg. Roff (Zentr.) und Gen. betreffend die Erhöhung der Alters-, Invaliditäts- und Unfallrenten. Dem Antrag ist durch eine Bundesratsverordnung teilweise entsprochen. Der Haushaltsausschuss beantragte, den Teil des Antrags, soweit die Invaliden- und Witwenrenten in Betracht kommen, für erledigt zu erklären, soweit die Alters- und Unfallrenten in Betracht kommen, anzunehmen. — Nach kurzen Aus-

führungen des Abg. Reinhardt (Zentr.) beschließt das Haus demgemäß.

Abg. Gühring (Natl.) berichtet über die Petition des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen betreffend steuerliche Ermäßigungen für Landwirte. — Die Abg. Wanschbach (R. Wa.), Nieberhöhl (Natl.), Geiß (Soz.) und Ringwald (Z. W.) unterstützen die Petitionen. Nach weiterer Ausführungen der Abg. Schürmeier (Zentr.) und Wanschbach (R. Wa.) wird der letzte Satz der Petition über steuerliche Erleichterungen der Regierung empfehlend überwiesen.

Die Petition des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine betreffend die Errichtung von Beamtenkammern (Berichterstattung Abg. Roff) wird durch die im Haushaltsausschuss erfolgte Erklärung der Regierung für erledigt erklärt. — Die Petition der Stadt Gernsbach betreffend Erleichterung in eine höhere Wohnungsklasse (Berichterstattung Abg. Red) wird nach kurzen Bemerkungen des Abg. Straub (Zentr.) der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. — Die Petition der Schreibbeamten der Generaldirektion der Großstaatsbahnen um ihre Beförderung in etatmäßige Stellen (Berichterstattung Abg. Seubert, Zentr.) wird der Regierung empfehlend überwiesen, nachdem Geh. Rat Moller darauf hingewiesen hatte, daß es nicht angehe, jetzt die Maschinenführerbeamten bei der Generaldirektion etatmäßig anzustellen und sie somit gegenüber den anderen Maschinenführerbeamten der Staatsverwaltung zu bevorzugen.

Im folgenden wurden mehrere Petitionen persönlicher Art meist durch Überbergung zur Tagesordnung erledigt. — Um 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung nachm. 1/4 Uhr. Tagesordnung: Anträge und Petitionen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 2. Juli. — Bewegungsfreiheit der Gefangenen. Zu dem unter d. Nr. 1074 unterzeichneten Artikel in der gestrigen Abendausgabe geschriebenen Artikel ist zu bemerken, daß die Zeit, in welcher es im Bereich des 14. M. A. den ruffischen, kriegsgefangenen Mannschaften an Essen und Trinken gestattet ist, frei und ohne Aufsicht in einem besondern Park ihres Unterkunftsortes (Parkieren) zu gehen, auf 12 bis 8 Uhr nachmittags (nicht, wie es irrtümlich hieß, nur bis 3 Uhr) festgesetzt ist.

— Berechtigte oder unberechtigte Mietnenerhöhung. Der Grund- und Hausbesitzer-Verein Karlsruhe wendet sich in einer Erklärung die im Inzeratenteil dieser Nummer abgedruckt ist, gegen die Bestrebungen des Kriegsaussschusses für Konjunktur-Interessen in Bezug auf die Mietnenerhöhungen. Der Grund- und Hausbesitzer-Verein erklärt dabei, daß durch die allgemeine Verteuerung entstandene Mißverhältnisse zwischen Einnahmen und Ausgaben bei der Verwaltung von Häusern habe zu einer stets zunehmenden Verelendung des Hauses geführt. Die fortwährenden Zubehören der Hausbesitzer hätten einen solchen Umfang angenommen, daß die jährlichen Fixbeträge eine ernste Gefahr für die Wirtschaftslage vieler Hauseigentümer bilden. Aus diesem Grunde sei für diese eine Erhöhung der Miete eine zwingende Notwendigkeit. Im übrigen verweisen wir auf die Bekanntmachung selbst.

— Unfall. Einem ledigen Hilfsarbeiter aus Neuborf geriet in hiesigen Rangierbahnhof beim Zusammenstoßen zweier Güterwagen der linke Arm zwischen die Räder, wobei der Arm stark gequetscht wurde. Der Verletzte wurde in das neue Bingenstranthenhaus verbracht.

Neue Fliegerangriffe.

WTB. Karlsruhe, 2. Juli. Heute Nacht versuchten feindliche Flieger Ludwigschafen und Kaiserslautern anzugreifen. Die abgeworfenen Bomben richteten keinen nennenswerten Schaden an. (A.)

Vermischtes.

— Bielefeld, 1. Juli. In Hörter wurde der Getreidehändler Hochheimer, Kommissar der Reichsgereichtsstelle und Mitglied der Handelskammer Bielefeld, unter dem Verdacht umfangreicher Schabungen mit Saateigtreibe verhaftet. (Rf. Ztg.)

— Essen, 1. Juli. Auf der Zeche „Zentrum“ in Wattenfeld ereignete sich ein Gesteinseinbruch. Drei Bergleute wurden ertränkt. (Rf. Ztg.)

Die spanische Grippe.

München, 2. Juli. (Nicht amtlich.) Die „spanische Krankheit“, die nichts anderes ist, als Influenza, gewinnt immer mehr an Ausdehnung, indem die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt, von einer Epidemie gesprochen werden kann. Der Krankheitsstand ist in den letzten Tagen sehr hoch geworden. Hatte die Krankheit vor einer Woche, da und dort vereinzelt Leute angegriffen, so breitete sie sich in den letzten Tagen bedeutend aus. Die genaue Zahl der Erkrankten angegeben, ist nicht möglich. Schätzungsweise hat die Krankheit wohl mehr als 1500 Personen ergriffen. Am meisten erkrankten jene Leute, die der Beruf in großer Zahl vereint, also besonders Arbeiter und Arbeiterinnen der großen Betriebe. Jemlich hoch ist der Stand der Erkrankten beim Fahrpersonal der Straßenbahn. Beim Telephonamt sind 30 Beamtinnen erkrankt. Eine weitere Ausdehnung der Erkrankung würde die Durchführung des Telephondienstes beeinträchtigen. Von der Schutzmannschaft befinden sich 65 Mann wegen Infektion in Behandlung. Auch der Postbesoldienst leidet unter der Erkrankung des Postpersonals.

— Bern, 2. Juli. (Privattele.) Dem „Bern. Tagbl.“ zufolge, tritt die „spanische Krankheit“ auch in der Schweiz auf; in Schaffhausen sind viele Personen erkrankt.

Luftwärme in Karlsruhe

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station).

1. Juli 3/4 Uhr mittags 20,8 Grad; 10% abds. 17,1 Gr.; 2. Juli 8/8 vorm. 14,5 Grad. Höchste am 1. Juli 22,3 Grad; Kälte in der folgenden Nacht 10,0 Grad.

Unternehmen Sie keine Reisen

ohne

Reisegepäck-Verföicherung.

Fertige Policen sind immer erhältlich.

Walter Strauss, Karlsruhe i.B.

Fernsprecher 204

Kaiserstr. 82.

Statt Karten.

Titty Schulz
Emil Herzig

Verlobte

Hagenau Eis.

Juni 1918.

Karlsruhe i. B.

Berechtigte oder unberechtigte Mietzins-Erhöhung.

Die letzte Generalversammlung des Grund- und Hausbesitzervereins Karlsruhe hat hinsichtlich der Frage, wie die Mietzins zu bemessen sind, folgende Entschliessung gefasst:

Die allgemeine Verteuerung der Lebensverhältnisse ist, abgesehen von der besonders starken Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung für die Hausbesitzer dadurch empfindlich fühlbar geworden, daß der Zinsfuß nachteiliger Hypotheken in den meisten Fällen erhöht worden ist, und daß der Aufwand für die Gebäudeunterhaltung infolge der Steigerung der Löhne und der Baustoffpreise das Mietfahe der Friedensjahre erreicht hat.

Die allgemeine Verteuerung der Lebensverhältnisse ist, abgesehen von der besonders starken Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung für die Hausbesitzer dadurch empfindlich fühlbar geworden, daß der Zinsfuß nachteiliger Hypotheken in den meisten Fällen erhöht worden ist, und daß der Aufwand für die Gebäudeunterhaltung infolge der Steigerung der Löhne und der Baustoffpreise das Mietfahe der Friedensjahre erreicht hat.

Die Grund- und Hausbesitzer haben an das Ergebnis der Mieter appelliert, als sie in ihrer Entschliessung der Erwartung Ausdruck gaben, daß man die Mietsteigerungen nicht grundfänglich bekämpfen, und haben selbst vor übermäßigen Mietsteigerungen gewarnt.

Nun hat aber der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen in den letzten Wochen die Mieter aufgefodert, einen in der Zeitung veröffentlichten Fragebogen auszufüllen, mit dem Bemerkten, daß das Ergebnis der Umfrage zum Ausbau der Mieterbeschützungsgebung zu dienen habe.

Wo aber bleibt die Frage, ob der Vermieter bei dem bisherigen Mietzins Geld zugelegt hat oder nicht, und wo bleibt die Frage, ob die Zinserhöhung etwa nur die Wiederherstellung eines in den ersten Kriegsjahren ermäßigten Mietzinses bedeutet?

In dem Fragebogen ist ferner gefragt, ob der Hauseigentümer in den letzten 5 Jahren in dem Haus Reparaturen vorgenommen hat. Eine Anleitung zur Feststellung hierüber gibt der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen aber nicht. Welcher Mieter achtet denn darauf, ob in dem von ihm bewohnten Hause Arbeiten ausgeführt werden, sofern es sich nicht um seine eigene Wohnung handelt?

Dieses Vorgehen zeigt deutlich, mit welcher Voreingenommenheit auf der Mieterseite die berechtigten Interessen des Hausbesitzers beurteilt werden. Es lehrt die Hausbesitzer, daß sie trotz ihres Bemühens nach objektiver Beurteilung der Fragen des Wohnungswesens und des Wohnungsmarktes bei den Mietern wenig Verständnis für die auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu beobachtenden wirtschaftlichen Gesichtspunkte finden.

Um so dringlicher ist hiernach für sämtliche Hausbesitzer die Notwendigkeit zu engerem Zusammenhalt zwecks gemeinsamer Vertretung ihrer Interessen.

Wir ersuchen alle Hausbesitzer in Karlsruhe, die noch nicht Mitglieder des Grund- und Hausbesitzervereins sind, unter Zurückstellung aller Bedenken unverzüglich ihre Mitgliedschaft bei unserer Geschäftsstelle, Herrenstr. Nr. 48, anzumelden.

Der Zusammenschluß aller ist erforderlich, wenn derartige beklagenswerte Erscheinungen wie sie die Veröffentlichung des Fragebogens des Kriegsausbruches für Konsumenteninteressen darstellt, mit Erfolg entgegengetreten werden soll.

Dem Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen aber empfehlen wir, sich zunächst einmal bei unserer Geschäftsstelle aufliegenden Ergebnisse der Bewirtschaftung einzelner Karlsruher Häuser anzusehen, ehe er Maßnahmen gegen die Mietzinssteigerung betreibt. Das tägliche Jahresergebnis der Gartenstadtdienstgenossenschaft sollte auch den Mietern erkennen lassen, wofür man treibt, wenn man die volkswirtschaftliche Bedeutung des in dem Hausbesitz

angelegten Kapitals unterschätzt und dem Hausbesitzer die angemessene Rente verweigert.

Wie wir hören, sind gegenwärtig auch Erhebungen darüber im Gange, inwiefern die Mieter bei der Untervermietung übermäßige Mietzinsen verlangen. Das Ergebnis kann unter Umständen ein beachtenswertes Seitenstück zu der gegenwärtigen Propaganda des Kriegsausbruches für Konsumenteninteressen bilden.

Grund- u. Hausbesitzer-Berein Karlsruhe 8068

Mitteilung.

Wir haben dem Nachrichtenbüro für das Neutrale Ausland, das am 30. Juni seine bisherigen Geschäftsräume Jähringerstr. 100 aufgab, im Laufe Pirschstraße 35a

Erdfeldsch, Räumlichkeiten für die Dauer von acht Wochen zur Verfügung gestellt zur Abwicklung der noch rückständigen Geschäfte.

Diese Geschäfts-Räume sind innerhalb der nächsten acht Wochen jeden

Mittwoch von 3 bis 5 Uhr

geöffnet. Karlsruhe, den 1. Juli 1918. 8068

Gesamtvorstand des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz.

Abendkurse Stenographie!

Am 3. Juli beginnen wir mit einem Anfängerkurs für Damen und Herren

in Stenographie nach Gabelberger und Stolze-Schrey.

Ferner empfehlen wir unsere Abendkurse in Schreibschrift, Rundschrift, Buchführung (einf., dopp., amerikan.), kaufm. Rechnen, Korrespondenz, Wechsel- und Scheckkunde, Sprachen etc.

Privat-Handelslehreanstalt u. Töchterhandelschule

„Merkur“ Karlsruhe, Karlstraße 13

nächst dem Moninger. — Teleph. 2018.

Papierabfälle

jeder Art, wie Bücher, Zeitungen, Alben etc. werden zu den höchsten Tagespreisen angekauft!!!

Für Einkampfen wird garantiert. Bei größeren Mengen wird sofort abgeliefert.

Kerzner, Alpen, Weissmann & Co., Amalienstr. 37. Telefon 3729.

Stadthundiger Junge

im Alter von etwa 13 Jahren für Ausgänge gesucht. Täglich 2 Stunden.

Döler Sud, Sopholograph 7981, Kaiserstraße 223.

Stellen

Füchtiger Damen-Friseur oder Friseurin

per sofort oder baldigst gesucht. 821729.2.1

Gust. Wirsing, Kaiserstraße 34.

Junger, kräftiger Hilfsarbeiter

sofort gesucht. Kunstverlag Künstlerbund Karlsruhe G. m. b. H.

Erbsbrunnstr. 10. 8027

Ein fleißiger Hausbursche, ein Küchenbursche u. ein Küchenmädchen

sofort gesucht. 7980.3.3

Schloß-Hotel Karlsruhe.

Papierabfälle

jeder Art, wie Bücher, Zeitungen, Alben etc. werden zu den höchsten Tagespreisen angekauft.

Für Einkampfen wird garantiert. 8025

S. Nachmann

Karlsruhe-Mühlburg, Sebanstraße 15, Tel. 3046.

Filiale Durlach, Pflanzstraße 28, Tel. 439.

Eisendreher, Hilfsarbeiter

Frauen f. Maschinenarbeit sofort gesucht. 7012

Geigerische Fabrik G. m. b. H., Karlsruhe, Rugartenstraße 51.

Färber und Wäscher

auch auswärts, sucht sofort 7764

Färberei D. Lasch, Sophienstraße 28.

Tüchtige Kontoristin,

welche schon mit Erfolg tätig war und gute Zeugnisse aufweisen kann, zum alsbaldigen Eintritt gesucht.

Gefl. Angebote mit Angabe von Referenzen, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter Nr. 3021a an die Geschäftsstelle der „Bad. Presse“ erbeten.

Größere Anzahl Arbeiter u. Arbeiterinnen

werden eingestellt. 7587

Karlsruhe, Rheinhafen, Hansastraße 20.

6 Arbeiterinnen und 2 Kutscher

per sofort gesucht.

Carl Finkelstein, Schützenstraße 59.

Größere Anzahl Frauen und Mädchen

für leichte Beschäftigung gesucht. 8034

Badische Kombimandlungs-Werkstatt, Karlsruhe-Rheinhafen, Südbadenstraße 3.

Mädchen

suchen Beschäftigung bei

A. Braun & Co. Waldstraße 28.

7941.5.2

als Stütze

unabhängige Person, tüchtig im Haushalt und Nähen, als Stütze

angeboten unter Nr. 3027a an die „Bad. Presse“ erb.

Christliches Haus- und Zimmermädchen

in seine Familienbesorgung gesucht. 821707.3.1

Wismarstraße 37a, III.

Für sofort Zimmermädchen

in kleinen, kinderlosen Haushalt wird zuverlässiges, ehrliches Mädchen

per sofort gesucht. Frau Irma Kuch, Herrenstraße 25, II.

In einem gr. hies. Büro

jung. Mädchen

das schon praktisch an Schreibmaschine arbeitet, Stellung. Angebote unter Nr. 3049 an die Geschäftsstelle der Bad. Presse.

Jüngeres Mädchen

für den Haushalt sofort gesucht. Fr. Günther, Wackerstr. 41.

Stickerin

für sofort oder später gesucht. 2.2

D. Wolf-Fortlouis, Kreuzstr. 35, 2. Et.

Schneiderinnen

für Militär-Reparatur außer dem Hause gesucht bei Hed. Schützenstr. 62, 3. Etod. 821715

Schneiderin gesucht

für Privat, tüchtig im Neuanfertigen u. Wenden der Kleider, womögl. für gleich. Angeb. unt. 821717 an die „Bad. Presse“ erbeten.

Expedient u. Einkäufer,

für in allen einträglichen Geschäften der Eisen- und Metallindustrie, gewandter Korrespondent und Disponent, in allen geschäftlichen Besprechungen der Metallbesitznahme und Freigabe bewandert, der englischen Sprache mächtig, wünscht seine ungel. Position auf 1. 10. 1918 zu verändern. Lebensstellung gesucht. Mannheim, Karlsruhe oder andere süddeutsche Stadt bevorzugt.

Gefl. Angebote unter Nr. 821659 an die Geschäftsstelle der „Bad. Presse“ erbeten.

Küchen-Chef,

mitköchlich, in allen Zweigen aufs beste erfahren, auch in Restaurant und mit Hofbetrieb vertraut, flotter Selbstmitarbeiter und Kocher, sucht für sofort oder später Stellung. Angebote an Ed. Hödl, Chef, a. S. Hotel Girich, Ettlingen, Baden. 821793

Kaufmännischer Privat-Unterricht

für Damen u. Herren nach leichtf. Methode. Schnell, prakt. Ausbildung, in dopp. und amerik. Buchführung, kaufm. Rechnen, gut Deutsch, Stenographie. 2.1

Maschinenschreiben, Schön-, Rund- u. Kopschrift, Französisch, Englisch, Italienisch. Eintr. tägl. Mäßige Preise. Morgen-, Nachmittags-, Abend-Unterricht. B. 211

Bücherrevisor Isermann, Erbprinzenstraße 5, 1. St.

Rock-, Tailen-Zuarbeiterinnen

für sofort oder später gesucht. Ebenso können einige nette junge Mädchen

Lehrstelle finden. 821642.2.2

S. Wolf-Fortlouis, Kreuzstr. 35, II.

Hilfsarbeiterin,

der Gelegenheit gegeben wird, das Einlegen an Buchdruck- und Maschinen zu erlernen, sucht

Doeringische Buchdruckerei Amalienstraße 83. 8062

Lauffrau

fleißige und zuverlässige, für einige Stunden täglich gesucht. 8037.2.2

Zu erfragen Werberstraße 87, dort.

Ordnl. Monatsfrau

für morgens 2 Stunden sofort gesucht. 821833

Zulienstraße 29, 2. Et.

Ordnl. Monatsfrau

1-2 Stunden im Tage u. einen ganzen Tag in der Woche mit Essen sofort gesucht. 821879

Stefanienstr. 41, 2. Et.

Stellen-Gesuche

Bew., ältere, gebildete Dame

sucht Stellung zur Gesellschaft und Führung des Haushaltes eines alt. Herrn oder Dame. Versteht auch sehr gut Koch. Beste Empf. Angebote erbeten unter Nr. 821688 an die Geschäftsstelle d. Bad. Presse.

Kriegerfrau sucht in der Zeit vom 1. Aug. bis Mitte Sept. mit ihrem 9 Jahre alten Töchterchen auf einem Landgut zur Wirtsch. im Haushalt u. leichter Feldarbeit (samt auch gut nähen) ohne gegenf. Vergütung. Gefl. Angebote unter 821712 an die Geschäftsstelle der „Bad. Presse“.

Junge, unabh. Frau sucht Stellung im Haushalt, evtl. auch nur vormittags. Angebote sind zu richten unter Nr. 821720 an die „Bad. Presse“.

Sucht Stelle bei besserer Herrschaft. Angeb. unt. Nr. 821688 an die Geschäftsstelle der „Bad. Presse“. 3.1

als Nebenarbeit nimmt noch an. Angebote unter 821678 an die Bad. Presse.

8024a

